

Für Wohneigentum

Regierung soll Pensionskassen-Vorbezug prüfen

VADUZ Die Freie Liste (FL) hat das Postulat «Wohneigentum für den Mittelstand» für den April-Landtag eingereicht. Darin beauftragt sie die Regierung mit der Prüfung, ob ein Pensionskassen-Vorbezug zur Bildung von Wohneigentum sinnvoll wäre. Die Schweiz kenne diese Regelung schon seit mehr als 20 Jahren, heisst es im Postulat. Dort könne Geld aus der Pensionskasse zum Bau oder Kauf eines Hauses beziehungsweise einer Wohnung verwendet werden. «Für den Bezug von Pensionskassengeld zum Kauf oder Bau einer selbst bewohnten Immobilie spricht vor allem der Aspekt der Sicherheit, aber auch der Eigennutz», schreibt die FL weiter. Denn wer in ein Heim investiere, ziehe einen unmittelbaren Nutzen daraus - das zuvor «den Börsenlaunen ausgesetzte Kapital» beschere dem Eigentümer sicheres Wohnen. Längerfristig zahle sich das wohl auch finanziell durch gesparte Mietkosten aus, meint die Fraktion. Ausserdem könnte dies laut FL eine gute Möglichkeit sein, ein Auskommen im Alter ohne Rückgriff auf staatliche Ergänzungsleistungen zu garantieren. Sie möchte daher von der Regie-



Der Traum vom eigenen Haus. (Foto: SSI)

regung wissen, welche Vorteile Versicherte, Pensionskassen und der Staat aus dem Vorbezug ziehen würden. Dabei sollen auch die Steuereinnahmen sowie der administrative Aufwand geprüft werden. Einen Vorteil erkennt die FL bereits: Dank dem Vorbezug könnten sich mehr Menschen ihren Traum vom Wohneigentum leisten, die sonst nicht die Mittel dazu hätten. (df)